

# **Den braunen Sumpf trockenlegen: Das Ostpreußische Landesmuseum schließen!**

**Kein Raum für Geschichtsrevisionismus und Revanchismus!**

**In den letzten Monaten geriet das Ostpreußische Landesmuseum mal wieder in die Schlagzeilen. Die unkommentierte Ausstellung von Jagdtrophäen von Hermann Göring zeigte erneut, was für eine unkritische Geschichtsauffassung im Ostpreußenmuseum vorherrscht.**

Doch dieser erneute Skandal darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass so etwas ein einmaliger Ausrutscher des Museums, ein Versehen oder eine „Instinktlosigkeit“ gewesen wäre. Seit der Gründung des Museums haben dort Personen das Sagen, die geschichtsrevisionistische und revanchistische Positionen vertreten. Die Landsmannschaft Ostpreußen, der Stiftungsrat des Museums oder der Förderkreis des Museums werden von Personen gelenkt, die verschiedenste Verbindungen zu extrem rechten Organisationen pflegen. Die VertriebenenvertreterInnen sehen in ihrem Museum eher einen Revanchistentempel, als eine wissenschaftlich, pädagogisch arbeitende Bildungseinrichtung, die Flucht und Umsiedlung in einen historisch korrekten Zusammenhang stellen und dabei auch die eigentlichen Ursachen benennen.

Als das heutige Ostpreußische Landesmuseum am 26. Juni 1987 in der Ritterstraße eröffnet wurde, war der ehemalige SS-Obersturmführer Freiherr Otto von Fircks Vorsitzender des Trägervereins des Museums.

Freiherr Otto von Fircks war Vorsitzender der faschistischen „Deutschen Studentenschaft“ in Riga und später als SS-Obersturmführer im zentralen „Ansiedlungsstab beim höheren SS- und Polizeiführer Wartheland“ tätig. Er war für die Vertreibung und Deportation von Polen und Juden zuständig, die durch sog. „Volksdeutsche“ ersetzt wurden. Er selbst erhielt im Zuge dieser „Aussiedlungen“ das 248 ha große Gut Studzien zugesprochen, das einer vertriebenen Polin geraubt wurde. Nach dem Krieg engagierte sich der CDU-Landtags- und Bundestagsabgeordnete in der Vertriebenenpolitik: Er war Geschäftsführer des Landesverbandes Niedersachsen des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), stellvertretender Vorsitzender der „Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen“ in der CDU Niedersachsen und Vorstandsmitglied des „Arbeitskreises für Ostfragen“ der niedersächsischen CDU.

## **Das Ostpreußenmuseum:**

Das Ostpreußische Landesmuseum ist Manipulationsinstrument der Landsmannschaft Ostpreußen, in ihrem Konzept der Großdeutschland-Politik und zugleich Nährboden für die extreme Rechte. Ihre einseitige und verfälschende Geschichtsdarstellung hat die Entsorgung der deutschen Geschichte von der faschistischen Vergangenheit zum Ziel.

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland proklamieren die revanchistischen Organisationen, wie Landsmannschaften und der BdV, territoriale Ansprüche in Polen, Russland und Tschechien und fordern die Rückgabe „verlorener Güter“.

Träger des Ostpreußischen Landesmuseums ist die „Ostpreußische Kulturstiftung“, welche eng mit dem „Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum“ und anderen Vertriebenenorganisationen verwoben ist. Vorsitzender des Stiftungsrats ist der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LMO), Wilhelm von Gottberg aus Schnega. Der Stiftungsrat geriet schon im Jahr 2005 in die Schlagzeilen, nachdem der ehemalige Direktor des Ostpreußenmuseum fristlos entlassen wurde. Dieser hatte zuvor in einer Kommission des Bundestages auf die rechten Seilschaften aufmerksam gemacht.

## **Kundgebung**

**Samstag, 31. Januar 2009 - 12 Uhr**

**Ostpreußisches Landesmuseum - Ritterstraße - Lüneburg**

## **Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum:**

Der "Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum - Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung" hat sich zur Aufgabe gemacht, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg ideell und finanziell zu unterstützen und an den Gründer dieses Museums - Hans-Ludwig Loeffke - zu erinnern. Dieser Förderkreis stellt aber auch ein Netzwerk von Vertriebenen dar und kann als Scharnierorganisation zwischen dem organisierten Neofaschismus und Konservatismus angesehen werden. Auf den jährlichen Mitgliederversammlungen mit Vortragsveranstaltungen versammeln sich Vertriebenenfunktionäre, Vertreter der extremen Rechten und Konservative.

Vorsitzende dieses Förderkreises ist die Vertriebenen-Multifunktionärin Barbara Loeffke aus Lüneburg, die auch Kreisvorsitzende des BdV und die Landesvorsitzende der LMO ist.

Barbara Loeffke, die mit Hans-Ludwig Loeffke verheiratet war, ist seit Jahren für ihre Kontakte und Zusammenarbeit mit Personen und Gruppierungen der extremen Rechten bekannt. So nahm an einer Kranzniederlegung des Lüneburger BdV am 8. Mai 1985 auch eine Delegation der örtlichen NPD teil. Am 3. Mai 2007 wollte sie gemeinsam mit dem Neonazi und ehemaligen hochrangigen NPD-Funktionär, Klaus-Dieter Hoffmann aus Bad Bevensen, einen sog. "Heimatabend" in Adendorf durchführen. Nach Protesten musste die Veranstaltung abgesagt werden. Seit Jahren hält Barbara Loeffke enge Kontakte zu Klaus-Dieter Hoffmann. So trat sie im Jahr 1999 auf dem jährlichen Verbandstag des neofaschistischen "Freundschafts- und Hilfswerk Ost" (FhwO) in Munster auf. An dieser Veranstaltung nahmen auch mehrere NPD-Funktionäre teil. Das neofaschistische FHwO war schon mindestens zweimal in Lüneburg bei Vertriebenenveranstaltungen zu Gast. Im Jahr 2005 konnte der Vorsitzende des FHwO, Klaus-Dieter Hoffmann, auf einer Weihnachtsfeier der "Landmannschaft Schlesien" über seine Arbeit berichten. An dieser Veranstaltung nahm auch Barbara Loeffke teil. Im Dezember 2006 nahm Klaus-Dieter Hoffmann an der alljährlichen Mitgliederversammlung des Förderkreises teil. Auf Einladung von Loeffke hielt Hoffmann einen Reisebericht von einer Reise nach Polen.

Für eine Vortragsveranstaltung am 20. Oktober 2007 in Lüneburg hatte sich der "Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum" den ehemaligen Generalmajor der Bundeswehr und prominenten Geschichtsrevisionisten Gerd Schultze-Rhonhof eingeladen. Nach öffentlichen Protesten wurde auch diese Veranstaltung vorher abgesagt.

Der "Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum" verleiht bei seinen Mitgliederversammlungen alljährlich den "Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnispreis". 1991 wurde dieser z.B. an den Niederländer Frans du Buy verliehen. Frans du Buy tritt immer wieder auf Vertriebenenveranstaltungen auf und publiziert in Zeitschriften des neofaschistischen "Witikobund" oder dem "Bund für Gesamtdeutschland".

Zu diesem Netzwerk gehört auch der Vorsitzende des Stiftungsrates der „Ostpreußischen Kulturstiftung“ und Sprecher der LMO, Wilhelm von Gottberg. In einem von dem CDU-Mitglied von Gottberg verfassten geschichtspolitischen Text im "Ostpreußenblatt", in dem er sich auch Argumentationen aus der Publizistik von Holocaust-Leugnern bediente, belegte er den Holocaust mit Begriffen wie "Mythos", "Dogma" und "jüdische Wahrheit" - Begriffe, die die historische Tatsache der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden in Zweifel ziehen. Wilhelm von Gottberg hat in der "Preußischen Allgemeinen Zeitung - Ostpreußenblatt" auch die antisemitische Hetzrede von dem später dann aus der CDU ausgeschlossenen Abgeordneten Martin Hohmann verteidigt.

Wilhelm von Gottberg und seine LMO unterhalten auch Verbindungen zu extrem rechten Organisationen. So alimentierte die LMO im Jahr 2007 eine "große Sommerfahrt" der völkischen Jugendorganisation "Der Freibund" (ehemals „Bund Heimattreuer Jugend“) in das Gebiet des ehemaligen Ostpreußens mit einer Summe von 1000 Euro. 1993 war von Gottberg von der "Freibund"-Zeitschrift "Na Klar" interviewt worden.

In der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ werden immer wieder Reden und Artikel von Wilhelm von Gottberg abgedruckt, in denen rechte Positionen zu finden sind.

In einem solchen Milieu ist es nicht verwunderlich, dass Barbara Loeffke keine Berührungängste zu bekannten Neofaschisten hat und ihre geistige Nähe zur NPD öffentlich bekundet. Diese Vertriebenen-Funktionärin bezeichnete 1994 Teile von Polen und Russland als "ostdeutsche Provinzen" und am 23. September 2007 schwadronierte sie auf dem "Tag der Heimat" in Uelzen in bekannter Blut und Boden Terminologie: "Auf Erden kann es nur eine Heimat geben. Unsere Wurzeln sind da, wo wir sie gelassen haben".

## **„Vertreibung“?**

Der Terminus „Vertreibung“ war und ist ein revanchistischer Kampfbegriff. Er klammert bewusst die deutschen Verbrechen des Nationalsozialismus an beispielsweise der polnischen, russischen oder tschechischen Bevölkerung aus. Infolge der absehbaren militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands flohen große Teile der deutschen Bevölkerung vor der herannahenden Roten Armee. Viele der Flüchtenden gehörten zu den Tätergruppen und den UnterstützerInnen der Nationalsozialisten oder doch zumindest zu den Profiteuren der nationalsozialistischen

Ostexpansion. Die Ostexpansion beinhaltete unter anderem die Besetzung Polens, den Holocaust an 6 Millionen Jüdinnen und Juden sowie zahlreichen anderen als „undeutsch“ definierten Menschen, die Ermordung und Vertreibung der polnischen Bevölkerung. Viele der so genannten deutschen Vertriebenen ließen sich erst im Zuge der großwahn sinnigen Besiedlungspläne zur „Germanisierung“ durch die Nationalsozialisten in den Regionen nieder, aus denen sie dann später vor der Roten Armee flohen. Die Darstellung von „den unschuldigen Deutschen“ als Opfer groß angelegter systematischer Vertreibungen ist daher ein Mythos der Rechten, der die vorangegangenen wirklichen Vertreibungen der polnischen Bevölkerung ausblendet bzw. relativiert und im aktuellen Diskurs der so genannten politischen Mitte eine immer breitere Zustimmung findet.

All dies soll nicht bestreiten, dass es durchaus individuelles Leid auf Seiten der Flüchtenden gegeben hat. Dieses ist jedoch allein in dem Kontext der oben geschilderten deutschen Aggression, die ihnen vorhergegangen ist, zu analysieren.

Schlimm genug, dass die „Vertriebenen“ von ihrer verlorenen Heimat faseln – aber auch noch daran geknüpfte politische Forderungen zu stellen, ist absolut anmaßend.

## **Die völkische Ideologie der Vertriebenenverbände:**

Im Hintergrund sämtlicher politischer Forderungen der Vertriebenenverbände steht ein völkisches Gesellschafts- und Staatsverständnis. In diesem Denken wird nach rassistischen oder kulturalistischen Kriterien ein angeblich besonderes „deutsches Volk“ (bzw. „deutsche Stämme“) konstruiert, das seine Identität nur auf „angestammtem Boden“ und ohne „fremde Einflüsse“ bewahren kann. Der Volksbegriff beschreibt nicht schlicht die Bevölkerung eines Staates, sondern eine angeblich spezifische, kulturell homogene und unveränderliche Gruppe gemeinsamer biologischer Abstammung. Deutsch ist nach diesen rassistischen Kriterien, wer seine „deutsche Abstammung“ beweisen kann und sich zum „Deutschtum“ bekennt. Nach diesem Verständnis werden einerseits viele in Deutschland lebende Menschen nicht dazugezählt, andererseits werden „Volksdeutsche unter fremder territorialer Verwaltung“ konstruiert. Entsprechend dieser völkischen Blut-und-Boden-Ideologie wird der Status als „Vertriebener“ weitervererbt, so dass sich in dieser Logik neben der Tätergeneration auch ihre Enkel, Urenkel etc. als „Opfer der Vertreibungen“ darstellen können. Aus diesem völkischen Denken samt seiner Blut-und-Boden-Ideologie heraus existiert die Idee vom „deutschen Boden“ in den osteuropäischen Ländern fort.

## **Nicht Opfer, sondern Täter !**

Die Vertriebenenorganisationen erheben bis heute revanchistische Ansprüche gegenüber Polen, Tschechien und Russland. Die Mitglieder dieser Organisationen, obwohl zum Teil in dritter Generation in der BRD lebend, begreifen sich immer noch als "Vertriebene" und die ehemaligen Ostgebiete als ihre "Heimat". Nur ein völkisches Nationenverständnis lässt die Annahme zu, dass sich ein "Vertreibungsstatus" über das Blut bis heute vererben lässt. Aggressiv fordern die "Vertriebenen" dementsprechend ein "Recht auf Heimat" mit territorialen Forderungen gegenüber Deutschlands Nachbarstaaten. Die dazu auch von der Landsmannschaft Ostpreußen vor ein paar Jahren aufgebaute "Preußische Treuhand" war selbst dem BdV zu aggressiv revanchistisch, eine Unterstützung wurde versagt. Von den Vertriebenenverbänden werden gültige völkerrechtliche Verträge wie das Potsdamer Abkommen oder die 2+4 Verträge in Frage gestellt, bestehende Grenzen angezweifelt, die Schuld Deutschlands am 2. Weltkrieg relativiert und die osteuropäischen Nachbarn zu Tätern, die Deutschen, die millionenfachen Tod nach Polen und in die Sowjetunion brachten, hingegen zu Opfern gemacht. In diesem Zusammenhang betonen die "Vertriebenen" immer wieder scheinbar großmütig den "Verzicht auf Rache" in ihrer Grundsatzcharta. Eine Aussage, welche auf die Opfer und Angehörigen des deutschen Vernichtungskrieges nur als Drohung wirken kann.

Wenn sich die Vertriebenenverbände in einer Opferrolle sehen oder Leute wie Schultze-Rhonhof die Kriegsschuld der Deutschen leugnen, ist dies purer Geschichtsrevisionismus. Auch über 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, werden in der deutschen Erinnerungskultur und Politik, die deutschen Täter zu Opfern umgedeutet und Terror, Weltherrschaftsgebaren und die Massenvernichtung durch Deutsche zumeist verharmlost oder geleugnet.

In Vereinigungen wie dem BdV, in Burschenschaften, neurechten Think Tanks, Zusammenschlüssen von ehemaligen Wehrmachtssoldaten und SS-Angehörigen und verschiedenen militaristischen Verbänden wird ein Weltbild gepflegt, welches die gesellschaftlichen Verhältnisse weiter nach Rechts verschieben soll. Einrichtungen und Vereinigungen wie z.B. das "Ostpreußische Landesmuseum", das Studienzentrum Weikersheim oder der "Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum" sollen dabei ein scheinbar seriöses Erscheinungsbild erzeugen und öffentlichkeitswirksam arbeiten: Erzeugt wird dadurch ein gesellschaftliches Grundklima von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und deutschem Opfermythos.

## **Das Ostpreußische Landesmuseum schließen!**

Nach dem aktuellen Skandal im Ostpreußenmuseum werden – wieder einmal – personelle und inhaltliche Konsequenzen gefordert. Allerdings ist zu befürchten, dass es mal wieder nur bei wortreichen Absichtserklärungen bleibt und es zu keinen umfangreichen Veränderungen kommt.

Wir vertreten die Position, dass das Museum sofort geschlossen und jegliche finanzielle und ideelle Unterstützung durch die Kommune, das Land und den Bund eingestellt werden muss. Der jetzige Stiftungsrat mitsamt der „Ostpreußischen Kulturstiftung“ ist aufzulösen und jegliche Einflussnahme durch die LMO und anderer Vertriebenenverbände ist zu unterbinden. Danach muss dem Museum ein neues - den geschichtlichen Wahrheiten verpflichtetes – wissenschaftliches Konzept gegeben werden. Da das Museum ausschließlich durch Steuergelder betrieben wird, ist es entweder durch das Land Niedersachsen oder den Bund zu betreiben.

Eine Neukonzeptionierung des Museums ist überfällig. Die Diskussion zur Neuordnung der Museumslandschaft in Lüneburg sollte genutzt werden, um dem Ostpreußischen Landesmuseum eine wissenschaftliche und demokratische Grundlage zu geben und eine wissenschaftlich, pädagogisch arbeitende Bildungseinrichtung zu schaffen, die Flucht und Umsiedlung in einen historisch korrekten Zusammenhang stellt und dabei auch die eigentlichen Ursachen benennt.

---

# **Kundgebung**

## **Samstag, 31. Januar 2009**

**12 Uhr**

**Gegenüber dem Ostpreußischen Landesmuseum  
Ritterstraße - Lüneburg**

Das gewählte Datum für die Kundgebung steht bewusst im direkten Zusammenhang mit dem 30. Januar, dem 76. Jahrestag der Machtübertragung der Regierungsgewalt in Deutschland auf die Nationalsozialisten unter der Führung Adolf Hitlers. Der 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers in Auschwitz und der 30. Januar markieren besonders deutlich die Verbrechen der Nazis und die Ursachen von Flucht und Umsiedlung.



**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten  
Kreisvereinigung Lüneburg**

[www.vvn-bda-lg.de](http://www.vvn-bda-lg.de)



**Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen**

[www.antifa-lg.de](http://www.antifa-lg.de)